Morgen-Ausgabe

Preis für Berlin 30 Pfg.

Deutsche Allgemeine Zeitung

60. Jahrg.

Erscheint wochentags zweimal, Sonntags und Montags einmal. — Es bringt täglich eine Unterhaltungsbeilage; ferner in der Sonntagsausgabe eine illustrierte Beilage mit Bildern aus der Zeitgeschichte und in der Mittwochs-Nummer abwechselnd eine Modenbeilage in Buntdruck und eine Kunstbeilage. Außerdem erscheinen in täglich wechselnder Folge die Beilagen: „Wirtschaft und Recht", „Kraft und Stoff", „Der Weltverkehr", „Die Welt der Frau", „Leben und Lernen", „Reisen und Wandern".

Donnerstag, 20. Januar 1921

Bezugspreis vierteljährlich Mk. 36,—. Bestellung bei allen Postanstalten. Täglich Streifband innerhalb Deutschlands vierteljährlich Mk. 60,—; ins Ausland Mk. 100,—. Abendausgabe 30 Pfg., für die Morgenausgabe 20 Pfg. Preis für die 33 mm breite mm-Einspaltzeile Mk. 1.50, für die 62 mm breite Reklamezeile Mk. 4.50. Geschäftsstelle und Schriftleitung: Berlin SW 48, Wilhelmstr. 30-32. Fernsprecher: Geschäftsstelle Nollendorf 5090—95. Schriftleitung Nollendorf 4263—65.

Nr. 31

Ein Franzose über die Schuld am Kriege.

Von

Oberst B. Schwertfeger.

In Nummer 569 der „Deutschen Allgemeinen Zeitung" vom 19. November 1919 wurde über einen Aufsatz berichtet, den Demartial in der englischen Zeitschrift „Foreign Affairs" über die Schuldfrage veröffentlicht hatte. Dieser Aufsatz ist in erweiterter Form unter dem Titel „Die Schuld am Kriege, die Vaterlandsliebe und die Wahrheit" nunmehr im Verlage von Hans Robert Engelmann, Berlin, erschienen. Hugo Wärenz hat ihn übersetzt, Professor Dr. Lujo Brentano ein Vorwort dazu geschrieben.

Gerade zur rechten Zeit werden Demartials Ausführungen über die Schuldfrage in Deutschland bekannt. Endlich dämmert in unserem Volke die Erkenntnis dafür auf, daß unsere ganze staatliche Zukunft ausschließlich davon abhängt, ob es gelingt, zu einer Revision des Vertrages von Versailles zu gelangen. In allen Ländern, in denen es besonnene Menschen gibt, mehren sich Stimmen, die den Fehlspruch von Versailles ablehnen. In der „Revue des deux mondes" hat Poincaré in einem Artikel vom 15. März 1920 behauptet, „daß über die näheren und ferneren Ursachen des Krieges selbst in Paris die gewagtesten Unwahrheiten gedruckt werden." Er wendet sich damit natürlich gegen diejenigen Stimmen, die nicht an Deutschlands Alleinschuld glauben wollen, bestätigt aber damit zugleich, daß solche Stimmen vorhanden sind.

Wichtig sind in diesem Zusammenhange die Aussagen Bivianis im Prozeß Caillaux, der im März vorigen Jahres verhandelt wurde. Caillaux hatte in einem handschriftlichen Aufsatze über die Schuld am Kriege die Ansicht ausgesprochen, daß die französische Regierung den Krieg hätte vermeiden können. Als Biviani sich hierüber äußern mußte, erklärte er, er persönlich habe alles getan, um den Krieg zu vermeiden. Demartial stellt nun den Aussagen Bivianis die amtlichen, von der deutschen Regierung herausgegebenen Dokumente, die sogenannten Kautsky-Akten, gegenüber und erbringt in unwiderleglicher Klarheit den Nachweis, daß Bivianis Aeußerungen über den Ausbruch des Krieges nicht stimmen, daß insbesondere die Zeitungaben über die russische und österreichungarische Mobilmachung unrichtig sind, und daß Bivianiauch über die persönliche Tätigkeit des Deutschen Kaisers Angaben gemacht hat, die sich nicht halten lassen. Bivianibehauptete, Rußland habe seine allgemeine Mobilmachung erst am 31. Juli 11 Uhr vormittags, und zwar als Antwort auf die um 1 Uhr morgens befohlene österreichische Mobilmachung angeordnet. Nun hat aber die von Nerensky veröffentlichte russische Regierung aus Anlaß des Suchomlinow-Prozesses amtlich folgendes erklärt: „Am 29. Juli hatten der Minister des Aeußeren und der Kriegsminister eine Besprechung mit dem Chef des Generalstabes. Sie kamen darin überein, daß es nicht möglich sei, zu einer teilweisen Mobilmachung zu schreiten . . . Der Befehl zur allgemeinen Mobilmachung wurde am 30. Juli abends erlassen und tags darauf in den Straßen durch Anschlag bekanntgegeben." Diese Feststellung ist für Deutschland von entscheidender Bedeutung, und man sollte sie sich immer gegenwärtig halten.

Nun wird aber französischerseits behauptet, der Deutsche Kaiser habe am 31. Juli 2 Uhr an den Zaren ein Telegramm gerichtet, in welchem von der allgemeinen russischen Mobilmachung noch nicht die Rede gewesen sei: er habe folglich davon noch nichts gewußt. Demartial widerlegt diese Behauptung Bivianis mit dem Hinweise darauf, daß Deutsche Kaiser eine Stunde früher an den König von England telegraphiert habe, soeben habe er die offizielle Meldung von der russischen Gesamtmobilmachung erhalten. In dem an den Zaren gerichteten Telegramm hat Kaiser Wilhelm das Wort „Mobilmachung" nicht ausdrücklich ausgesprochen, den Zaren aber in den feierlichsten Ausdrücken beschworen, „die ernstlichen Folgen der Maßnahmen" an seiner Westgrenze, „die militärischen Maßnahmen, die Deutschland bedrohen müssen", einzustellen. Mit Recht erklärt es Demartial für eine mit dem Ernste der Sache wenig im Einklang stehende Spitzfindigkeit, aus dem Fehlen des Wortes „Mobilmachung" zu schließen, daß es sich nicht um die Mobilmachung gehandelt habe. Als Antwort auf die russische Mobilmachung erklärte Deutschland den Zustand der drohenden Kriegsgefahr.

Bivianihatte behauptet, ein Mann habe am 31. Juli 24 Stunden lang das Schicksal der Welt in seinen Händen gehalten. Dieser Mann sei der Deutsche Kaiser gewesen. In Wirklichkeit war nach Demartials Ausführungen der Zar mit seinen Ministern an dem Schicksal der Welt ebenso beteiligt. Hat doch sogar der Königvon England in der Nacht vom 31. Juli auf den 1. August in einem an den Zaren gerichteten Telegramm ausgesprochen, es könne sich bei der russischen Gesamtmobilmachung doch wohl nur um ein Mißverständnis handeln, und Sir G. Buchanan erhielt die Weisung, dem russischen Minister des Aeußern zu sagen, durch die Einstellung der russischen Mobilmachung könne der Frieden noch erhalten bleiben.

Das Entscheidende ist, inwieweit Frankreich durch sein Bestreben, zu Gunsten Rußlands und somit zu seiner Unnachgiebigkeit beigetragen hat. Bekanntlich hat die französische Regierung in den kritischen Tagen ängstlich versucht, das Gesicht zu wahren. Bivianihat die Erklärung dafür gegeben, indem er ausgesagte, er habe ursprünglich die Absicht gehabt, am 31. Juli mobilzumachen, die Entscheidung aber hinausgeschoben, um Frankreichs Friedensneigung zu beweisen. Trotzdem ist die französische Mobilmachung in Frankreich nachmittags um 3 Uhr 40, die deutsche in Berlin nachmittags um 5 Uhr befohlen worden. In den vorhergehenden kritischen Tagen war Rußland von deutscher Seite nachdrücklich darauf aufmerksam gemacht worden, daß vorbereitende militärische Maßnahmen Rußlands, die irgendwie eine Spitze gegen Deutschland hätten, zu Gegenmaßregeln zwingen und die Mobilisierung der Armee herausbeschwören würden. Die Mobilisierung aber bedeute den Krieg und werde überdies gegen Rußland und Frankreich zugleich gerichtet sein müssen, da Frankreichs Verpflichtungen gegenüber Rußland ja bekannt seien. Deutschereits könne man nicht annehmen, daß Rußland einen europäischen Krieg entfesseln wolle. (Kautsky-Dokumente Nr. 129.) Am 30. Juli aber versprach Frankreich Rußland, „alle seine Bündnispflichten zu erfüllen." (Französisches Gelbbuch Nr. 101.) Mit dieser Zusage hat Bivianieine schwere Verantwortung auf sich genommen, denn tatsächlich hat Rußland daraufhin noch an demselben Abend seine Gesamtmobilmachung angeordnet. „Indem Herr Bivianiß Rußland Frankreichs Unterstützung versprach und seine Mobilmachung duldete, hat er, um es mit dürren Worten zu sagen, den europäischen Krieg zugelassen."

Nun hat man französischerseits auch geltend gemacht, Frankreichs Ehre habe erfordert, seine Bündnispflichten gegenüber Rußland zu erfüllen. Treffend sagt Demartial dieser Auffassung entgegen, daß der russisch-französische Bündnisvertrag seinen Wortlaute nach rein defensiv war. (Gelbbuch über den Zweibund.) Seiner Auffassung nach wäre es keine Ehrlosigkeit gewesen, Rußland zu sagen, daß Frankreich nicht mobilmachen würde, wenn Rußland eher mobilisiere als Deutschland. Man hätte damit sogar die Absichten der Unterhändler des Zweibundes im eigentlichen Sinne des damals abgeschlossenen Vertrages besser verwirklicht. In dem von der französischen Regierung angeordneten Zurückgehen um zehn Kilometer während der kritischen Tage vor Ausbruch der Feindseligkeiten erblickt Demartial mit Recht eine „plumpe List". Sie war auf England berechnet, das daraus Frankreichs Friedensliebe entnehmen sollte, verfehlte aber dort gänzlich den beabsichtigten Eindruck. Als Sir Edward Grey am 3. August im Unterhause über die Lage sprach, sagte er: „Das kann ich mit der größten Bestimmtheit versichern: wenn sich Frankreich in den Krieg hineingezogen sieht, dann ist es wegen seines formellen Bündnisses mit Rußland." Man lese hierüber nach, was Bivianiam 8. März 1918 hierzu aussagte, als Clemenceau in der Kammer seine große Verteidigungsrede gegen die Angriffe der Sozialisten hielt. (Die Kriegsreden Clemenceaus. Deutsche Verlagsgesellschaft für Politik und Geschichte.)

Bivianihat im Caillaux-Prozeß erklärt, es sei nicht die Verletzung der belgischen Neutralität gewesen, um derentwillen England in den Krieg getreten wäre; England wäre auch ohnedies gekommen. Demgegenüber hat Clemenceau am 25. September 1919 in seiner großen Kammerrede über den Vertrag von Versailles gesagt, die Verletzung der Neutralität Belgiens habe England zum Eingreifen bestimmt. Ueber diese Frage besteht also ein peinlicher und der Aufklärung dringend bedürftender Widerspruch in der Auffassung zweier französischer Staatsmänner, die an verantwortlicher leitender Stelle gestanden haben. Es ist also in der Tat so, wie Poincaré gesagt hat, daß die gewagtesten Unwahrheiten über den Ursprung des Krieges gedruckt werden. Es handelt sich nur darum, sagt Demartial, nun endlich zu erfahren, auf welcher Seite die Unwahrheiten behauptet werden.

Noch etwas soll aus der wichtigen Schrift des unabhängigen Franzosen hervorgehoben werden. Er erwähnt, daß man während der ganzen Dauer des Krieges das deutsche Volk aufgefordert habe, die Schuld der deutschen Regierung am Ausbruche des Krieges zuzugeben; man habe ihm sogar nur unter dieser Bedingung Frieden gewährt. Immer betone man die Notwendigkeit, daß ein jeder für sein eigenes Land eintreten solle. Wie verträgt es sich damit, fragt Demartial, daß man diejenigen Deutschen mit Lob überschüttet hat, die das Unrecht Deutschlands zugaben? Und in diesem Zusammenhange erwähnt er — ohne Nennung seines Namens — den Dr. Richard Grelling und erwähnt, daß Renoudel am 26. Dezember 1919 in der Kammer den „heldenmütigen" Verfasser des Buches „Jacquie" begeistert gegrüßt habe. In der Tat, für unsere Feinde und ganz besonders für Frankreich konnte nichts Besseres geschehen, als wenn sich ein Deutscher bereitfand, den Ursprung der deutschen amtlichen Publikationen festzustellen und die Allein-schuld Deutschlands am Ausbruche des Weltkrieges zu beweisen. Damit mußten alle Gegrüffenabsehenden zum Schweigen gebracht werden, die sicher auch manchem ehrlichen Franzosen nicht ferngeblieben sind, als es hieß, die Schuld eines großen Kulturvolkes an einer derartigen Weltkatastrophe festzustellen und als einzige Grundlage für den ungeheuerlichsten Knechtungsvertrag der Weltgeschichte zu nehmen.

Der belgische Landsturm.

Wie wir erfahren, hat die Stadt Antwerpen vor kurzem eine Submission auf Hochspannungskabel ausgeschrieben. In Artikel 10 der Submissionsbedingungen heißt es wörtlich:

„Die zu liefernden Materialien dürfen unter keinen Umständen und in keiner Weise deutscher oder österreichischer Herkunft sein.

Es ist sehr merkwürdig, daß die Stadt Antwerpen in demselben Augenblick, wo sie sich um die Wiederaufnahme der deutschen Handels- und Schiffahrtsbeziehungen bemüht, es für richtig hält, den Handelskrieg gegen Deutschland fortzuführen.

Der serbisch-griechische Bündnisvertrag.

Ds. Athen, 19. Januar. (Eigene Drahtmeldung.) Die griechische Kammer tritt am Montag zusammen. Der soeben aus Belgrad zurückgekehrte serbische Gesandte dementierte eine ältere Meldung wenigstischer Blätter, wonach Serbien nicht geneigt sei, den Bündnisvertrag mit Griechenland zu erneuern. An maßgebender Stelle verlautet, der serbische Gesandte sei mit bestimmten Weisungen für die Erneuerung des Bundesvertrages versehen, die freilich erst nach der bevorstehenden Kammer der Beziehungen Griechenlands zur Entente erfolgen soll.

Tages-Spiegel.

- Die deutsche Regierung erhebt in einer Note an die Entente Einspruch gegen das für Oberschlesien festgesetzte Abstimmungsreglement.
- Beim gestrigen Wiederbeginn des Reichstages hielt der Präsident eine Ansprache zum Gedächtnistag der Reichsgründung.
- Der Reichsrat hat gestern den Regierungsentwurf über die Beamtenzulagen genehmigt.
- Der deutsche Eisenbahnerverband hat sich in einer Entschließung gegen die Moskauer Gewerkschaftsinternationale ausgesprochen.
- Gestern starb im neunzigsten Lebensjahr der Direktor der Berliner Sternwarte Professor Wilhelm Foerster.

Die Besprechungen Bergmanns.

Eigene Drahtmeldung.

L. Paris, 19. Januar.

Die Unterhandlungen zwischen dem deutschen Delegierten Bergmann und den alliierten Sachverständigen werden seit Sonntag fortgesetzt. Die Besprechungen, die auf der Grundlage der Brüsseler Ergebnisse geführt werden, drehen sich um die Forderung, daß Deutschland außer den Zahlungen an Produkten noch eine Zahlung von 3 Milliarden Goldmark entrichten soll.

Bergmann vertritt mit Entschiedenheit den Standpunkt, daß Deutschland gegenwärtig außerstande ist, sein Budget mit jährlich 12 Milliarden Papiermark zu belasten. Dieses sei umso weniger möglich, als das deutsche Volk noch immer nicht den ganzen Umfang der von ihm geforderten Zahlungen kennt. Die Bemühungen Bergmanns sind mit großem Geschick darauf gerichtet, einen Mittelweg zwischen dem Schema der gestundeten Leistungen für einen Zeitraum von 30 Jahren und dem Forfait-System zu finden. Die deutschen Delegierten werden in den nächsten Tagen den Stand der Verhandlungen in einem neuen Bericht an die Berliner Regierung wiedergeben.

Von französischer Seite wird gegenwärtig die Festigung der deutschen Schuld durch die Wiederherstellungskommission gemäß den Bestimmungen des Vertrages für den 1. Jan. verlangt. Der geforderte Betrag wird sich, wie bereits jetzt bekannt ist, auf 400 Milliarden Goldmark, d. h. also auf 1000 Milliarden Papiermark belaufen. Frankreich will mit dieser Ziffer zeigen, daß Deutschland gegenwärtig nicht in der Lage ist, seine Schulden zu begleichen, und daß die Höhe der Summe, die tatsächlich von ihm geforderet werden soll, erst nach einigen Jahren festgesetzt werden könne.

Die italienischen und englischen Delegierten werden sich indessen dieser Auffassung kaum anschließen, da durch sie ganz Europa in Unsicherheit versetzt und der internationale Kredit vollkommen unmöglich gemacht würde. Mit Wirksamkeit auf diejenigen französischen politischen Kreise, die eine möglichst schnelle Regelung der ganzen Wiederherstellungsfrage wünschen, werden die italienischen und englischen Abordnungen zweifellos auf die französische Delegation einen Druck ausüben, um Frankreich von dem oben wiedergegebenen Standpunkt abzubringen.

„Temps" zur Entschädigungsfrage.

Meldung des W. T. B.

Paris, 19. Januar.

„Temps" meldet, Staatssekretär Bergmann habe nach Berlin die Antwortnote der französischen Regierung auf den französischen Vorschlag, 5 Jahre hindurch Sachleistungen im Werte von 5 Milliarden Goldmark jährlich zu machen, die auf das Reparationskonto gutgeschrieben seien, mitgebracht. Deutschland sei bereit, auf der französischen Basis zu verhandeln, wolle sich aber nicht verpflichten, drei Milliarden Goldmark zu zahlen, jedoch schlage es offiziell keine andere Summe vor. Die deutsche Regierung habe zu erkennen gegeben, daß sie ein anderes Verfahren vorziehen würde, nämlich die Gesamtschuld festzusetzen.

„Temps" sagt, durch die deutsche Antwort sei eine neue Lage geschaffen, über die die Alliierten beraten müßten. Zwei Gesichtspunkte müßten im Auge behalten werden: die Mobilierung der deutschen Schuld und die Beteiligung an dem zukünftigen Aufschwung Deutschlands. „Temps" empfiehlt als Grundlage der Beratungen der Alliierten den englischen Vorschlag von Hythe.

(W. T. B. bemerkt dazu: An deutscher zuständiger Stelle wird die Nachricht des „Temps" in dieser Form nicht für richtig gehalten.

Die Studentenschaft an den Reichspräsidenten.

Die Deutsche Studentenschaft hat die nachfolgende Kundgebung zum 18. Januar erlassen und dem Herrn Reichspräsidenten übermittelt:

In Zeiten tiefster Erniedrigung, schwerster wirtschaftlicher Notlage und furchtbarer immerwährender Kämpfe begeht das deutsche Volk den fünfzigjährigen Gedenktag der Gründung des greinten Reiches. In Schmerz und Trauer sehen wir zusammenbrechen, was unsere Großväter erschufen. Der Gedanke an die Taten der Vorfahren, die Erkenntnis der deutschen Not, die Sorge um die Zukunft des deutschen Volkes und um die Erhaltung des deutschen Geistes ist uns, der deutschen akademischen Jugend, die, von jeher bereit war, sich für das Vaterland zu opfern, eine Mahnung, die Lehren gemeinsam mit allen Volksgenossen in gegenseitiger Achtung dem Wiederaufbau des Reiches zu widmen. Alles Trennende liege hinter uns! Die Pflicht jedes Deutschen, über alle Gegensätze der Parteien und Klassen hinweg dem Vaterlande zu dienen, sei der einzende Gedanke der deutschen Jugend, in deren Händen das Schicksal unserer Zukunft liegt. Die Zeiten des großen Krieges verzeichnen und Leiden auch immer. Die einzig wirdige Ehrung ihres Andenkens ist die hingebende Arbeit an den Aufgaben, die der heute Tag unserem Volke stellt. Solcher Treue werden die Früchte reifen. Wir wollen vorangehen im Kampf um den inneren Frieden!

Der Reichspräsident hat der Deutschen Studentenschaft mit folgendem Schreiben geantwortet:

Von der Kundgebung der deutschen Studentenschaft zur 50. Wiederkehr des Tages der deutschen Einigung habe ich mit Dank und Freude Kenntnis genommen. Ich wünsche und hoffe, daß der hier bekundete Wille der akademischen Jugend Deutschlands, gemeinsam mit allen Volksgenossen in gegenseitiger Achtung am Wiederaufbau des Reiches mitzuarbeiten und über alle inneren Kämpfe und Unterschiede des Aufflassungen Hinweg in einigender Arbeit dem Vaterlande zu dienen, auf allen deutschen Hochschulen Widerhall finden und zur Tat werden möge. Dann wird das Beispiel der deutschen Studentenschaft zu innerem Frieden und einem starken Gemeinschaftsbewußtsein des ganzen Volkes wirksam beitragen und eine Bürgschaft werden für den Wiederaufstieg unseres schwer geprüften Vaterlandes.

Tumult in Livorno.

Livorno, 18. Januar. Auf dem Sozialistenkongreß in Livorno nahm der Vertreter der Rechtskommunisten Bacirca heftig gegen alle diejenigen Stellung, welche die Anwendung von Gewalt predigten. Er wird bestreitet, daß die Zwischenfälle von Bologna bewiesen, daß die Staatsorgane nach sehr klar sein. Er erklärt, daß die sozialistischen Gewalttaten auf die Partei selbst zurückfielen. Seine Ausführungen riefen so lebhaften Widerspruch bei seinen Gegnern hervor, daß er eine Rede unterbrechen mußte. Es kam zu einem wüsten Lärm. Stellenweise wurde man handgemein. Der Anhänger der Dritten Internationale Bombacci zog einen Revolver und zielte auf Bacirca. Andere Kongreßteilnehmer warfen sich auf Bombacci und drängten ihn aus dem Saal. Nachdem sich der Lärm etwas gelegt hatte, gelang es Bacirca, weiter zu sprechen.

Taktlosigkeiten der „Times".

Eigene Drahtmeldung.

▲ London, 19. Januar.

„Times" bringt einen Leitartikel mit der Ueberschrift „Oberund das Reich", worin sie in ihrem Sinne die geschichtlichen Wirkungen der Bismarckschen Politik auslegt. Es heißt darin u. a.: „Es mag vielleicht taktlos scheinen, daß der deutsche Reichspräsident einen Jahrestag, an dem solche Erinnerungen haften, zur nationalen Gedenkfeier ausruft. Aber er kennt die Gesinnung eines großen und mächtigen Teiles seiner Landsleute, die mit Begeisterung und mit ungemindertem Stolz an den alten preußischen Ueberlieferungen festhalten."

Lediglich die Randbemerkungen der „Times" zu dieser Gedächtnisfeier aller wirklichen Deutschen sind als taktlos zu brandmarken.

Verleumdungen gegen den früheren Kaiser.

Haag, 19. Januar. (W. T. B.) Das „Haagsche Korrespondenzbureau" teilt zu den Meldungen ausländischer Zeitungen über eine angebliche Beschimpfung des ehemaligen Kaisers und seines Sohnes mit:

Der niederländische Regierung ist von diplomatischer Seite keine Mitteilung dieses Inhalts zugegangen. Auch die Nachricht von der Ueberrumpelung eines Kammerdieners des Kronprinzen im Hotel Oudestraat in Amsterdam ist glatterfunden. Die niederländische Regierung bedauert alle Gerüchte, daß der deutsche Kaiser und sein Sohn keinerlei derartige Absichten hegen, wie ihnen angedichtet werden.

Die holländisch-österreichischen Finanzverhandlungen.

Kbg. Wien, 19. Januar. (Eigene Drahtmeldung.) Die seit mehreren Tagen bei der Oesterreichisch-Ungarischen Bank geführten Verhandlungen wegen Rückzahlung des holländischen Vorschusses von 10 Millionen Gulden sind gescheitert. Die Holländer haben sich geweigert, den unter dem Einfluß der Reparationskommission ihnen von der Kontrollstang gemachten Vorschlag, die Schuld auf sieben Millionen Gulden herabzusetzen, anzunehmen; die Holländer waren bereit, die Schuld auf zehn Millionen Gulden zu ermäßigen. Infolge Scheiterns der Verhandlungen reisen die Vertreter Hollands morgen von Wien ab. Voraussichtlich werden weitere Verhandlungen in Amsterdam stattfinden.

Schweres Unglück in Breslau.

Fünf Kinder getötet, zwanzig verletzt.

Breslau, 19. Januar. (W. T. B.) Heute nachmittag 4 Uhr sollte in der Volksschule in der Ziegelbusche Strafe ein Vortrag von Märchen erfolgen, zu dem Amtliche Schüler der Oberstufe versammelt waren. Etwa 1500 Kinder versuchten sich schon um 2 Uhr in den Vortragsraum, der im Keller der Schule lag, vorzudrängen. Eine Aufsicht war nicht anwesend. Die Kinder drängten die enge Kellertreppe herab, um die besten Plätze zu erlangen. Dabei kam es zu einem furchtbaren Durcheinander, bei dem fünf Kinder getötet und etwa zwanzig verletzt wurden.

Die Anschlußfrage.

Meldung des W. T. B.

Wien, 19. Januar.

Die durch die Hochschuldirektoren und mehrere Abgeordnete dem Bundeskanzler überreichte Entschließung der Studentenschaft aller Wiener Hochschulen, betreffend den Anschluß an das Deutsche Reich sowie die bei der Kundgebung der nationalsozialistischen Partei angenommene Entschließung, in der gefordert wird, daß die österreichischen Länder der Staatshoheit des Deutschen Reiches unterstellt werden, wurden von der Staatsregierung an das Präsidium des Nationalrates geleitet.

Bei der heutigen Kundgebung der Studentenschaft für den Anschluß erklärte der Obmann der Großdeutschen Volkspartei, Kadel, besonders erfreulich sei die Tatsache, daß die deutsche Studentenschaft entsprechend der Idee der Volksgemeinschaft der Großdeutschen Volkspartei Fühlung mit den Gewerkschaften und den Arbeitern in der Frage des Anschlusses nehme. Auf diesem Wege werde das große Ziel erreicht werden.

Innsbruck, 19. Januar. In der heutigen Sitzung des Landtages brachten die Abgeordneten Greil und Gruffen einen Dringlichkeitsantrag ein, in dem die Landesregierung aufgefordert wird, sich wegen der Abstimmung über den Anschluß Oesterreichs an Deutschland sofort mit der Bundesregierung ins Einvernehmen zu setzen und die Volksabstimmung im eigenen Wirkungskreis am 27. Februar 1921 durchzuführen, falls die Bundesregierung nicht einen früheren Tag bestimmen oder für die Abstimmung nicht den ersten Sonntag im März 1921 festsetzen sollte.

Gegen die Lostösung Westungarns.

Budapest, 19. Januar. (Eigene Drahtmeldung.) Die Lebendurger christlich-soziale Partei hielt eine große Protestversammlung gegen die Lostösung Westungarns ab. Der Präsident forderte die Arbeiterschaft gegen die österreichischen Sozialisten zum Kampfe auf. Die ungarische christlich-soziale Arbeiterschaft steht wie ein Mann auf der Seite ihrer Lebendurger Brüder. Dr. Ernst Meißner forderte die Regierung auf, Westungarn zu verteidigen.

Englische Trostsprüche für Oesterreich.

London, 19. Januar. (W. T. B.) Wie das Reuterische Bureau erfährt, hatte der österreichische Bundeskanzler eine Unterredung mit dem britischen Gesandten in Wien. Unter Bezugnahme auf Berliner Berichte, wonach die österreichische Regierung gegenwärtig sei, ihre Tätigkeit der Reparationskommission zu übertragen, erklärte der Bundeskanzler, daß die Regierung wollens sei, auf ihrem Posten zu bleiben, obgleich die Lage außerordentlich ernst sei. Die deutsche Regierung stehe dem Projekt des britischen Mitarbeiters bei der österreichischen Aktion des Reparationskonto/schusses Goodwillwollend gegenüber und würde es begrüßen, wenn die französische Regierung diesen Plan annimme oder einen anderen Vorschlag für eine finanzielle Hilfe mache. Ein solcher Vorschlag dürfe jedoch den britischen und französischen Steuerzahlern nicht Kosten auferlegen, die nicht zu rechtfertigen wären. Es erscheine angesichts der Finanzlage Englands unmöglich, eine öffentliche Anleihe zu genehmigen, doch liege die Genehmigung von Privatkrediten im Bereich der Möglichkeiten.

Kbg. Wien, 19. Januar. (Eigene Drahtmeldung.) Die außerordentlich ernsten Darlegungen der verantwortlichen österreichischen Staatsmänner am maßgebender Stelle scheinen, wie von zuständiger Seite uns mitgeteilt wird, die französische Regierung veranlaßt zu haben, dafür zu sorgen, daß beim Zusammentritt des Obersten Rates am 24. Januar in Paris eine rasche Beschlußfassung über die Kreditgewährung an Oesterreich und über die Sicherung der Lebensbedingungen Oesterreichs erfolgt.

Die Kommunistengefahr in Südslawien.

Von unserem Mitarbeiter.

Belgrad, Mitte Januar.

Noch mühseligen Verhandlungen zwischen Radikalen und Demokraten, in deren Verlauf Nikola Paschic einmal sogar das Mandat zur Regierungsbildung in die Hände des Königs zurückgelegt, kam das neue südslawische Kabinett zu Neusatze zustande. Allerdings ist es bislang noch nicht vollständig, denn die Ressorts für Kultus, Gesundheitswesen, Bauten und Volksernährung werden noch für die anderen politischen Gruppen offen gehalten, deren Beitritt zur Regierungsbildung in Aussicht steht. Inzwischen sind bereits wieder Gerüchte über eine Umschichtung der Stellung des Ministeriums im Umlauf, und der den Demokraten angehörige Finanzminister Stojanovic ist am 4. Januar nach kurzer Krankheit verstorben.

Zugunsten der muhammedanischen Organisation, auf die man in Belgrad Rücksicht zu nehmen sucht, ist das Ministerium für Agrarreform, auf das die Demokraten großen Wert legten, schließlich doch zum Radikalen zugewiesen werden, weil die Muhammedaner sich mit dieser Partei über gewisse Renderungen der Bodenreformdekrete zugunsten der Grundbesitzer verständigt hatten.

Noch vor der Bildung des neuen Ministeriums ist die Regierung scharf gegen die Kommunisten vorgegangen, hat ihre Organisationen aufgelöst, ihre Versammlungsorte gesperrt, ihre Zeitungen und Druckschriften verboten, Streikposten und Rädelsführer energisch verfolgt und allen Fremden die Ausweisung angedroht, die sich an einer Aufwiegelung beteiligen. Die jugoslawische Regierung begründete ihre Haltung damit, daß eine weltumspannende Aktion umstürzlerischer und revolutionärer Elemente zur Herbeiführung einer Sowjetumwälzung nach russischem Muster erwiesen sei. Den Mitteilungen der Blätter zufolge ist durch das Vorgehen der Regierung ein Putsch vereitelt worden, der sorgfältig vorbereitet gewesen sein soll. Es heißt es, daß die Hilfe der kommunistischen Komitatschis bereits festgestellt worden ist, und daß der Streik der Bergarbeiter das Signal zur Ausführung des Planes geben sollte, zu dem auch die Ermordung der Minister und der Regenten gehört. Ein Manifest Sinowjews ist aufgefunden worden, was den Zusammenhang der Bewegung mit Moskau aufzeigen würde. Auch wird behauptet, Trotzki und Lenin hätten in Kiew den „Mistroyovjer" begründet, der mit großen Geldmengen in den Nachfolgestaaten der Donaumonarchie den Umsturz vorbereiten soll.

Der Verzug eines Generalstreiks, der die Antwort auf die als Gegenmaßregel gegen den Bergarbeiterstreik gedachte Militärsperrung der Bergwerke herbeiführen sollte, hat bei seinen Erfolge geführt. Dagegen haben die Maßnahmen der Regierung diese der gemäßigteren Elemente unter den Kommunisten bewogen, sich von dieser Partei zu trennen. Nächstempt heißt es, daß der Kampf gegen den Kommunismus auch als Parole für die Sammlung der bürgerlichen Parteien zu dienen bestimmt ist. Unbezweifelt ist das Auftreten der Regierung eine Opposition bei den Republikanern und Sozialdemokraten hervorgerufen. Es handelt sich gwar um ziffernmäßig nicht sehr starke Gruppen, aber bei den verworrenen Parteiverhältnissen fallen sie immerhin ins Gewicht. Bisher haben sich diese Parteien sehr gemäßigt verhalten und auch den Eid auf die Verfassung geleistet.

Interessant ist es, daß unter den Klerikalen eine gewisse Neigung zur Republik besteht, die sich wohl in erster Linie aus der Gegnerschaft gegen die orthodoxe Belgrader Regierung erklärt. Auch eine katholische Internationale wird angekündigt, eine Anregung, die von den italienischen Klerikalen ausgehen, aber auch mit dem bekannten slowenischen Politiker und Anhänger der Habsburger Sukercic zusammenhängen soll.

Sehr scharfe Opposition macht sich gegen die Ansiedlung der Wrangelschen Kosaken bemerkbar, die dem südslawischen Volk 120 Millionen Dinar kosten soll, während sie Montenegro und andere Gebiete nicht geschieht. Auch ist man darüber entrüstet, daß die Wrangelschen Schiffe, die den Jugoslawen als Pfand für die Verpflegung der russischen Flüchtlinge dienen und den Grundstock einer Handelsflotte bilden sollen, von den Franzosen sofort nach der Landung der Leute Wrangels aus den südslawischen Gewässern entfernt wurden. Wenig erfreut ist man auch über den Verbleib der Franzosen in Cattaro. In außenpolitischer Hinsicht interessiert man sich für die erneuten Annäherungsversuche der Bulgaren, die den von politischen Kreisen in Paris sehr befürwortet werden.

* * *

+ Basel, 19. Januar. (Eigene Drahtmeldung.) Nach der schweizerischen Depeschenagentur wird der serbische Ministerpräsident Pasitsch Ende dieses Monats nach Rom reisen, um mit der italienischen Regierung über Fragen wirtschaftlicher Natur und die Ausführungsbestimmungen des Vertrages von Rapallo zu verhandeln. Die italienische Kammer ist auf den 26. Januar einberufen worden.

England—Kopenhagen—Sibirien.

K. P. Göthenburg, 18. Januar. Die schwedische Delegation, die sich zurzeit in London aufhält, um über eine Fährenverbindung Göthenburg—Hull zu verhandeln, schlägt vor, daß eine Schnellzugverbindung mit der projektierten Fähre von London aus eingerichtet und via Hull—Kopenhagen nach Moskau und durch Sibirien nach Wladiwostok fortgesetzt werden soll. Dann sollen die Züge mit der Fähre nach Japan mit der Endstation Kobe weiter geführt werden.